

11. Mai 2017

# Presseinformation

## Pflegetagung diskutiert aktuelle Fragen und Zukunft der psychiatrischen Pflege

**Bundesfachvereinigung Leitender Pflegepersonen in der Psychiatrie tagt erstmalig in Düsseldorf**

Presse- und  
Öffentlichkeitsarbeit  
Robert Kekez  
Tel 0211922-1019  
Fax 0211922-1010  
robert.kekez@lvr.de

**Düsseldorf. 11. Mai 2017.** Erstmals fand heute im LVR-Klinikum Düsseldorf die Fachtagung der Bundesfachvereinigung Leitender Pflegepersonen in der Psychiatrie (BFLK) unter dem Titel „Tradition vs. Erneuerung statt. In Anwesenheit von Martina Hoffmann-Badache, Staatssekretärin im Gesundheitsministerium NRW, diskutierten die etwa 200 anwesenden Pflegekräfte die aktuellen Herausforderungen und die zukünftige Ausrichtung der psychiatrischen Pflege.

Mit der steigenden Zahl der Patientinnen und Patienten in der Psychiatrie, steigen gleichzeitig auch Herausforderungen und die Anforderungen an das Pflegepersonal. Der Frage wie die Pflege im Hinblick auf die wachsenden Bedürfnisse und Anforderungen in der psychiatrischen Patientenversorgung eine qualitative und zufriedenstellende Arbeit leisten soll und ob die bekannte und breitdiskutierte „Akademisierung der Pflege“ hier Lösungsansätze aufzeigen kann wurde intensiv diskutiert.

Ein besonderes Augenmerk wurde auch dem Thema Gewalt und Aggressivität gegenüber Pflegepersonen gewidmet, da es im Kontext pflegerischer Arbeit in Kranken- und Gesundheitseinrichtungen eine extrem große Herausforderung darstellt. Darauf wies Marion Brand als Vorsitzende der Bundesfachvereinigung Leitender Krankenpflegepersonen in der Psychiatrie NRW (BFLK – NRW e.V.) zu Beginn der Fachtagung ihres Verbands im LVR-Klinikum Düsseldorf explizit noch mal hin. Die Pflegedirektorin des LWL-Universitätsklinikums Bochum erweiterte den Personenkreis gefährdeter Beschäftigter auf alle in medizinischen und pflegerischen Einrichtungen tätigen Berufsgruppen und reagierte damit auf aktuelle Äußerungen des Vorsitzenden des Marburger Bundes, Frank Montgomery, der die Bundesregierung öffentlich aufgefordert hatte, ihr Engagement zum Schutz von Polizisten und Rettungssanitätern vor Gewalt, auf Ärzte auszuweiten.



Brand forderte darüber hinaus die Entwicklung wissenschaftlich fundierter Konzepte zur Gewaltprävention und zum Umgang mit bestehender Gewalt seitens der Politik zu fördern.

Sie wiederholte diese Forderung, die seit der Novellierung des PsychKG NRW als Thema mit der Landesregierung NRW bereits gesetzt ist, und verband damit auch die Hoffnung, dass der positive Diskurs dazu mit der künftigen Landesregierung fortgesetzt wird.